

## Gouvernemental – National – Liberal ? – Die Gründung und die Anfänge der FDP in Göttingen (1946-1953)<sup>1</sup>

Wer sich mit den Anfängen der Göttinger FDP nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt, wird mit einem dreifachen Problem konfrontiert: Zum einen, dies gilt aber für die Gründungsphase aller Göttinger Parteien, ist die archivische Überlieferung im engeren Sinne derart lückenhaft, daß man auf private Sammlungen und die bereits an staatliche Archive abgegebenen Gerichtsakten zurückgreifen muß, um mehr als nur den äußeren Verlauf rekonstruieren zu können. Zum andern wird der Blick auf die Anfänge der Göttinger Freidemokraten zu einem guten Teil verstellt durch die 1955 kulminierende, bundesweit beachtete Affäre um den FDP-Kultusminister Schlüter, der zwar in Göttingen lebte, auf die lokale Parteiorganisation aber keinen prägenden Einfluss zu nehmen vermocht hatte.<sup>2</sup> Zum dritten schließlich sind auch die wenigen Studien zur niedersächsischen und zur Göttinger FDP, und zwar insbesondere was die konzeptionellen Prämissen und methodischen Instrumente angeht, inzwischen als veraltet anzusehen.<sup>3</sup>

- 1 Der Aufsatz beruht auf einem Vortrag des Verfassers, der am 22. August 2006 aus Anlaß des sechzigjährigen Bestehens des lokalen Kreisverbandes der FDP im Göttinger Rathaus gehalten worden ist. Er ist in sachlicher Hinsicht geringfügig erweitert und mit Fußnoten versehen, gleichzeitig aber von funktionslos gewordenen Elementen des Redestils befreit worden.
- 2 Vgl. hierzu die vornehmlich auf die universitäre Perspektive abstellende, im Jahr des 250. Gründungsjubiläums publizierte Dokumentation von Heinz-Georg Marten: Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955, Göttingen 1987.
- 3 Dies gilt auch für die politologische Dissertation von Heinz-Georg Marten: Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen – Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei. 1945-1955, Göttingen 1978 – Methodisch überzeugend, aber nur in Teilaspekten für die FDP-Geschichte nutzbar ist die ungedruckte Magisterarbeit von Christian Ebner: Liberalisierungsdiktatur? Zum Einfluß der britischen Militärregierung auf die Rekonstruktion der lokalen politischen Strukturen, Göttingen 1990. – Allgemein zum defizitären Stand der FDP-Forschung zuletzt Daniela Gliss: FDP. In: Oliver Gnad u. a. (Bearb.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Teilband 3, FDP und kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, 1945-1990, Düsseldorf 2005, S. 35-174, hier S. 40-42. Vgl. auch Theo Schiller: Stand, Defizite und Perspektiven der FDP-Forschung. In: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 119-146.

Dieser Befund ist umso bedauerlicher, als die Göttinger Nachkriegs-FDP zu den wenigen nordwestdeutschen Parteiverbänden zählte, denen es bis weit in die 60er Jahre hinein gelungen ist, der beinahe überall sonst mächtig aufstrebenden CDU wenigstens auf kommunaler Ebene die Führung des ›bürgerlichen Lagers‹ streitig zu machen. Von 1948 bis 1956, als die SPD an ihr vorzog, verfügte sie nach Wahlergebnissen, die man mit ›Volksparteien‹ zu verbinden pflegt, sogar über die stärkste Fraktion im Göttinger Rathaus. Parallel dazu vermochte der Kandidat der Göttinger FDP bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1947 und 1951 das Direktmandat zu erringen.

Doch welche strukturellen und akzidentiellen Faktoren haben die – aus heutiger Sicht – außergewöhnlichen Erfolge der Göttinger FDP in der Nachkriegszeit ermöglicht? Ist der Erfolg an der Wahlurne vielleicht gar mit einem Verzicht auf liberale Prinzipien erkaufte worden? Oder hat die FDP ihr Profil gerade deshalb zu schärfen vermocht, weil sie an ihren freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen festhielt und den staatssozialistischen Modellen der übrigen Parteien als einzige Kraft entschieden entgegentrat? Welche Bedeutung kam dabei den Persönlichkeiten zu, die die FDP gegenüber dem Göttinger Wahlvolk repräsentierten? Auch wenn die Überlieferungsverluste und der defizitäre Forschungsstand in mancher Hinsicht nur eine vorläufige Antwort gestatten, soll neben der Rekonstruktion der äußeren Geschichte doch auch versucht werden, die Motive der handelnden Personen zu beleuchten.

## I Die Gründung der Göttinger FDP

Die Göttinger FDP war – anders als etwa die neugebildete CDU – keine Neugründung im strengen Sinne des Wortes, sondern eine Wiedergründung: Als ihre Gründerväter müssen nämlich der Rechtsanwalt und Notar Hermann Föge (1878-1963)<sup>4</sup> und der Telegraphen-Inspektor August Reuper gelten, zwei Männer, die in Göttingen bereits seit 1919 für die DDP als Bürgervertreter

- 4 Föge, der einer unterelbischen Schifferfamilie mit Sitz in Stade entstammte, war am 25. Februar 1878 in Schleswig als Sohn eines Geometers geboren; er hatte in Goslar, wohin seine Eltern Anfang der 80er Jahre umgezogen waren, das Gymnasium besucht, in Berlin Rechtswissenschaft studiert und als Referendar zuletzt in Gieboldehausen bei Göttingen die juristische Praxis kennengelernt, bevor er sich 1909 in Göttingen als Rechtsanwalt niederzulassen vermochte. 1923 wurde er zum Notar bestellt. – Föge veröffentlichte: Aktuelle Fragen des unlauteren Wettbewerbs, Berlin 1938. – Einigermaßen zuverlässige biographische Daten bieten: Handbuch des Niedersächsischen Landtags, 1. Wahlperiode, 1948, S. 76. – Andreas Röpcke: Who is who in Lower Saxony. Ein politisch-biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 55 (1983), S. 243-309, hier S. 271. – Ich danke Frau Anneliese Ahlborn, der Tochter Hermann Föges, für ihre Bereitschaft, mir Einsicht in ihre Familienpapiere zu geben, aber auch für zahlreiche Hinweise zur Biographie ihres Vaters. Es ist mir daher möglich gewesen, die biographischen Daten zu überprüfen und zu ergänzen.

bzw. auch als ehrenamtlicher Senator (1919-1929) kommunalpolitisch tätig gewesen waren.<sup>5</sup> Föge ist darüber hinaus für den Wahlkreis Göttingen-Münden Mitglied und zuletzt auch Vorsitzender der DDP- bzw. DStP-Fraktion im hannoverschen Provinziallandtag gewesen.<sup>6</sup> Während der NS-Herrschaft wurde Föge, der nach der Auflösung der Parteien 1933 zunächst noch als »Parteiloser« im Göttinger Rathaus ausgeharrt hatte,<sup>7</sup> bald ganz aus der Politik gedrängt. Er galt im übrigen als »scharfer Gegner der NSDAP«.<sup>8</sup> In den folgenden Jahren der NS-Herrschaft hat Föge eine politisch resistente Haltung gezeigt und seine Kanzlei auch genutzt, um bedrängten Bürgern zu helfen. Es ist bekannt, daß er jüdische Bürger verteidigt oder auch – wie die Gebrüder Hahn und Alex Cohn – in seiner Eigenschaft als Notar betreut hat.<sup>9</sup> Die beiden, inzwischen bereits im siebten Lebensjahrzehnt stehenden Liberalen wurden auf Vorschlag des von den Amerikanern bzw. von den Briten eingesetzten Göttinger Oberbürgermeisters und Landrats Erich Schmidt (1882-1964)<sup>10</sup> im Oktober 1945 von der britischen Militärregierung in den neugebildeten zwölfköpfigen Stadtrat (»nominated representative council«) berufen, der am 23. November 1945 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat.<sup>11</sup> Am 27. Dezember 1945 wurde Hermann Föge, der sich neben Reuper insbesondere

- 5 Rudolf von Thadden/ Günter. J. Trittel (Hg., unter Mitarbeit von Marc-Dietrich Ohse): Göttingen, Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. III (1866-1989), Göttingen 1999, hier der Abschnitt über die Weimarer Epoche von Fritz Hasselhorn, S. 63-126, insbes. S. 77, 87, 105. – Eine Parteimitgliedschaft Föges vor dem Ende des Ersten Weltkriegs, in dem er wegen seiner körperlichen Konstitution nicht an der Front, sondern in einer Berliner Munitionsfabrik dienen mußte, ist nicht belegt. Das politische Interesse Föges an der Politik und am Parlamentarismus scheint sich in seinen Berliner Studienjahren gebildet zu haben: Er hat, nicht zuletzt motiviert durch die Aussicht auf Honorare, häufig Debatten des Reichstags und wohl auch des Preußischen Abgeordnetenhauses verfolgt und seine stenographischen Aufzeichnungen an verschiedene nordwestdeutsche Zeitungen verkauft: Anneliese Ahlborn, Familienpapiere (wie Anm. 4).
- 6 Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover (im folgenden: NLA): Hann. 180 Hild. Nr. 42 (Wahlen zum Provinziallandtag 1925).
- 7 Göttingen, Geschichte einer Universitätsstadt (wie. Anm. 5), S. 157f.
- 8 Röpcke (wie Anm. 4), S. 271.
- 9 NLA: Hann. 171 Göttingen, Acc. 16/77 Nr. 815/11. – Vgl. auch den von Cordula Tollmien verfaßten Abschnitt zur Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt (wie Anm. 5), hier insbes. S. 729 (Cohn).
- 10 Zu Erich Schmidt, der in politischer Hinsicht als »Welfe« einzuordnen ist, s. Ebner (wie Anm. 3), S. 33 (mit Anm. 15). – Aus dem Kondolenzschreiben Schmidts an Anneliese Ahlborn vom 21. Oktober 1963 geht hervor, daß die Amerikaner unmittelbar nach der Besetzung Göttingens vier unbelastete Persönlichkeiten in die Universitätsaula bestellt hatten, die sich untereinander auf den künftigen Leiter der provisorischen Stadtverwaltung einigen sollten, unter ihnen Schmidt und Föge. Da die anderen beiden, ebenfalls juristisch gebildeten Kandidaten unter Verweis auf drohende Werwolf-Aktionen ein Engagement für sich sogleich ausschlossen, soll Föge Schmidt, mit dem er sich einige Jahre zuvor aus irgendwelchen Gründen überworfen hatte, unter vier Augen gebeten haben, die Leitungsfunktion zu übernehmen. Schmidt hat dieses persönliche Gespräch offenbar als eigentliche Basis seiner politischen Allianz mit Föge betrachtet: Anneliese Ahlborn, Familienpapiere (wie Anm. 4).
- 11 Ebner (wie Anm. 3), S. 58-62, hier S. 59. – Bei der britischen Militärregierung galt Föge trotz seines fortgeschrittenen Alters als »energetic and capable«, mit seiner Rolle in der Landes-FDP war man indes nicht zufrieden: Röpcke (wie Anm. 4), S. 271.

auf die vier parteilosen Ratsherren zu stützen vermochte, zum Präsidenten des Stadtrats gewählt und fungierte, nachdem Schmidt Anfang Januar 1946 zum Oberstadtdirektor ernannt worden war, bis zur ersten Kommunalwahl im Oktober 1946 als Oberbürgermeister.

Föge und Reuper haben ihre neugewonnene Position genutzt, um mit Blick auf die in absehbarer Zeit durchzuführenden Kommunalwahlen in Göttingen rasch wieder eine liberale Parteiorganisation aufzubauen. Voraussetzung dafür war eine Lizenz der Militärregierung, die bereits im Oktober 1945 beantragt worden zu sein scheint. Am 16. März 1946 (dem OSD notifiziert unter dem 21. März) wurde ihnen seitens der Militärregierung die Lizenz erteilt, im Stadtkreis Göttingen eine ›Demokratische Union‹ aufzubauen (die CDU mußte bis zum Sommer auf ihre Zulassung warten, SPD und KPD waren schon früher zugelassen worden)<sup>12</sup>. Gleichzeitig wurde Oberstadtdirektor Schmidt vom Büro Major Oldhams informiert, daß die Parteiämter der ›Demokratischen Union‹ von Hermann Föge, Dr. Heinrich Ueltzen, August Reuper, Karl Hoffmann (WR-Kommunalpolitiker), Friedrich Henze, Dr. Hans Reichardt (Physiker),<sup>13</sup> Georg Kohlbacher, Martha Scheidemann und M[argarete] Haubold bekleidet wurden.<sup>14</sup>

Wenige Tage später, am 26. März 1946, wandte sich Major Oldham erneut an den Oberstadtdirektor, um ihm mitzuteilen, daß sich die ›Demokratische Union‹, die übrigens am 16. März noch unter dieser Bezeichnung eine Versammlung in der Oberschule für Jungen abgehalten hatte, in ›Liberal-Demokratische Partei‹ umbenannt habe.<sup>15</sup> Der Parteeiname blieb indes auch in den folgenden Wochen seltsam unbestimmt: So wurde von der Militärbehörde zwar Anfang April 1946 erstmals der ›Free Democratic Party‹ die Abhaltung einer Versammlung im häufig für diese Zwecke genutzten Gasthof Kruse, Geismar, genehmigt,<sup>16</sup> doch der Oberstadtdirektor benutzte im Frühjahr 1946 weiterhin durchweg die Bezeichnung LDP. Ein Schreiben der LDP-Kreisgeschäftsstelle, die sich seinerzeit in der Roten Str. 33 befand, setzte ihn dann am 13. Juni 1946 davon in Kenntnis, daß die Militärregierung die wohl noch im April beantragte neuerliche Umbenennung in ›Freie Demokratische Partei‹ bewilligt hatte (der gedruckte Briefkopf war entsprechend korrigiert worden).<sup>17</sup>

- 12 Stadtarchiv Göttingen: AHR II A Fach 15 Nr. 24, Bericht OSD Schmidts, 1947 Januar 13.
- 13 Dr. Reichardt, der seine Dissertation 1928 eingereicht hatte, arbeitete seinen wissenschaftlichen Publikationen zufolge am Göttinger Max-Planck-Institut für Strömungsphysik. Er zählte zum Gründerkreis der Göttinger FDP und gewann einige Kollegen, u. a. Prof. Tollmien, für die Partei.
- 14 Stadtarchiv Göttingen: Mil. Reg C 34, Bl. 39.
- 15 Ebd., Bl. 42.
- 16 Ebd., Bl. 49, 58, 78.
- 17 Stadtarchiv Göttingen: AHR I A Fach 12 Nr. 22/I (als Kandidaten werden benannt: Föge, Hoher Weg 3; Reuper, Nikolausberger Weg 84, Kohlbacher, Kreuzberggring 103; dazu Hoffmann, Dr. Reichardt und Gertrud Maass, wie Reuper Nikolausberger Weg 84.).

Es gibt in den Akten keinen Hinweis darauf, daß der mehrfache Namenswechsel auf innere Richtungsstreitigkeiten unter den Parteigründern zurückgeführt werden muß; man meint allerdings bemerken zu können, daß alte DDPlern wie Reuper die Bezeichnung Demokratische Partei, sei es aus Gewohnheit, sei es aus Anhänglichkeit weiter verwendeten. Der Hauptgrund für den wiederholten Namenwechsel von Demokratischer Union zu LDP und dann zu FDP dürfte vor allem in dem Umstand zu suchen sein, daß sich nach der in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone bereits 1945 von alten DDPlern gebildeten LDP, die sich noch als Reichspartei verstand, im britischen Besatzungsgebiet Anfang Januar 1946 inzwischen die FDP als Zonenpartei konstituiert hatte (Opladen). Mitte Mai 1946 vermochte sie in Bad Pyrmont ihren 1. Parteitag, an dem H. Föge teilnahm, abzuhalten<sup>18</sup> (hier wurde, was die Dinge noch weiter kompliziert, auch eine zonenübergreifende Verbindung zwischen LDP und FDP angebahnt, die unter dem Kürzel DPD [Demokratische Partei Deutschlands] firmierte). Es liegt auf der Hand, daß die Göttinger Liberalen diesen überlokalen Entwicklungen – unabhängig von ihren eigenen Präferenzen – Rechnung tragen mußten. Die anfangs gewählte Bezeichnung ›Demokratische Union‹ läßt immerhin erkennen, daß die Göttinger Liberalen sich unter Rückgriff auf DDP-Traditionen zunächst um die Schaffung einer breiten bürgerlichen Sammlungspartei bemüht haben dürften; auch die wenigen inhaltlich bekannten öffentlichen Reden Föges aus dieser frühen Zeit scheinen in diese Richtung zu weisen.<sup>19</sup>

Mit der offiziellen Feststellung des Parteinamens FDP war die Gründungsphase der Göttinger Liberalen im Juni 1946 formal abgeschlossen. In den Sommermonaten des Jahres 1946 wurde die Entwicklung des Göttinger Kreisverbands vom Wahlkampf bestimmt, der nun in seine entscheidende Phase trat. Als wichtigster Protagonist der FDP wirkte Hermann Föge, der ja nicht erst seit der Übernahme des Oberbürgermeister-Amtes hohes Ansehen in der Stadt genoß. Obgleich dies so war, hatte man nicht damit rechnen können, daß die Liberalen bei der Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 mit 28.2 Prozent und 9 von 33 Ratsherren den zweiten Platz hinter den Sozialdemokraten (38 Prozent) erreichten (die CDU belegte mit 22 Prozent den 3. Rang).<sup>20</sup> Oberstadtdirektor Schmidt hatte der Militärregierung gegenüber im März

18 Marten, FDP (wie Anm.3), S. 130ff. – Vgl. hierzu allgemein: Karsten Schröder: Die FDP in der britischen Besatzungszone. 1946-1948, Düsseldorf 1985. – Hans F. W. Gringmuth (Bearb., in Verb. mit Lothar Albertin), Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Führungsorgane und Politik der FDP, Düsseldorf 1995.

19 Vgl. zu Föges Rede im Reichsbahnausbesserungswerk am 20. Januar 1946 Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 151.

20 Die Wahlen in der Stadt Göttingen 1946-1973, hrsg. vom Statistischen Amt und Wahlamt der Stadt Göttingen, 1974.

1946 der FDP lediglich 15 Prozent, SPD und CDU dagegen jeweils 35 Prozent eingeräumt.<sup>21</sup>

Aufgrund des von den Briten eingeführten Mehrheitswahlrechts, das die SPD unter den gegebenen Umständen auf Kosten insbesondere der CDU begünstigte, die lediglich drei Sitze erhielt, wurden die Freien Demokraten jedoch einstweilen auf die Oppositionsbänke verwiesen, Föge aus dem Amt des Oberbürgermeisters verdrängt. Doch dieser Rückschlag blieb Episode: Im April 1947 bereits gelang es Hermann Föge, der Ende 1946 schon Mitglied des ernannten Niedersächsischen Landtags geworden war, bei den ersten Landtagswahlen das Göttinger Direktmandat (Wahlkreis 28) zu erringen.<sup>22</sup> Dieser Erfolg beruhte – abgesehen von der Persönlichkeit Föges – auf einer geschickten, mit Hilfe glaubwürdiger Werbemittel umgesetzten Wahlkampfstrategie, die darauf zielte, eine Richtungsentscheidung zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Lager, zwischen Mitbürger und Auswärtigem (SPD-Kandidat war Kultusminister Grimme) herbeizuführen.<sup>23</sup> Der Wahlsieg Föges dürfte erheblich dazu beigetragen haben, daß die FDP ihre Rolle als führende Kraft insbesondere unter den bürgerlichen Parteien zu festigen und neue Mitglieder an sich zu binden vermochte: Bei den nächsten Kommunalwahlen, die im November 1948 stattfanden, konnte die FDP um 10 Prozentpunkte zulegen und kam nun auf 38,4 Prozent; während sich der Anteil der CDU auf 17,8 Prozent ermäßigte, blieben der SPD, die ebenfalls Einbußen hinnehmen mußte, immerhin noch rund 30 Prozent.

Es war nun nicht mehr möglich, im Göttinger Rathaus eine politische Mehrheit gegen die FDP zu bilden, die 15 von 33 Mandaten gewonnen hatte: Hermann Föge übernahm folglich erneut das Oberbürgermeisteramt, das er erst 1956 aufgab, um es dem Parteifreund Prof. Jungmichel (1902-1981) zu überlassen.<sup>24</sup>

Ein Blick auf die Wahllisten der Jahre 1946 (24 Bewerber, darunter 5 Frauen; plus Reserve) und 1948 (47 Bewerber, darunter 8 Frauen) zeigt, daß die Göttinger FDP sich in den zwei Jahren mit Nachdruck darum bemüht hatte, mit Hilfe zusätzlicher Kandidaten, die vor allem die rund 30.000 Flüchtlinge, Vertriebenen und anderen Neubürger anzusprechen vermochten, breitere, wenngleich wohl weiterhin vorwiegend bürgerliche Wählerschichten zu errei-

21 Stadtarchiv Göttingen: Mil. Reg. C 35 (Schmidt). Vgl. die Stimmzahlen der Kreistagswahl am 13. Oktober 1946: CDU 19275. – FDP 24133. – KPD 3820. – SPD 32295. – Unabh. 5709; Ebd., AHR I A Fach 12 Nr. 22/II.

22 Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20), S. 83.

23 S. dazu insbesondere den Kandidatenbrief Föges, der im März 1947 an alle Göttinger Haushalte verschickt wurde. Ich danke Herrn Clemens Wirries M.A. für die freundliche Überlassung des Kandidatenbriefs und anderer FDP-Wahlkampfmittel des Jahres 1947 bzw. 1956.

24 Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt (wie Anm. 5), S. 298.

chen.<sup>25</sup> Während die FDP-Kandidaten im Jahre 1946 vornehmlich noch das eingessene Göttinger Handwerk, den Groß- und Fachhandel sowie die höhere Beamtenschaft repräsentierten, traten 1948 neben Vertriebenen und einigen Rentiers nun vermehrt auch Akademiker hinzu, die teils der Universität und benachbarten Forschungsinstituten, teils den freien Berufen zuzurechnen sind. Unter den weiblichen Bewerbern waren 1948 erstmals die Schriftstellerin Dr. jur. Hannah Vogt (1910-1994) und Ehrengard Schramm (Frau des Geschichtsprofessors Percy Ernst Schramm)<sup>26</sup> zu finden; beide sind in späteren Jahren zur SPD gewechselt. Signifikant ist schließlich, daß von den 15 FDP-Vertretern im Göttinger Stadtrat des Jahres 1948 7 den Dokortitel führten (die Akademiker, zu denen Föge und wohl noch zwei weitere Ratsherren zu rechnen sind, stellten insgesamt die größere Hälfte).<sup>27</sup> Die personelle Zusammensetzung der Kandidaten und Mandatsträger läßt bereits erkennen, daß die Göttinger FDP seit der Landtagswahl des Jahres 1947 keine Honoratiorenpartei im klassischen Sinne mehr war: Unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Föge zeigte sie nicht nur Merkmale einer bürgerlichen ›Volkspartei der Mitte‹, sondern hob sich auch in organisatorischer Hinsicht deutlich von den meisten anderen FDP-Kreisverbänden ab.

Die verbreiterte bürgerliche Wählerbasis bescherte der FDP auch bei den folgenden Kommunalwahlen, die 1952, 1956, 1961 und 1964 abgehalten wurden, hohe Ergebnisse; die FDP fiel zwar seit 1956 auf den zweiten Platz hinter der SPD zurück, doch sie verteidigte stets ihren Vorsprung gegenüber der CDU (1964 betrug er noch 2 Prozentpunkte) und behauptete, da die Wähleranteile der bürgerlichen Parteien die der SPD in der Addition weiterhin übertrafen, dadurch auch ihre Führungsposition im Göttinger Rathaus.

25 Im Kandidatenbrief vom März 1947 [mit dem Titel: 9 Forderungen] (wie Anm. 23) hatte Föge versprochen, daß seine besondere Fürsorge »im Falle meiner Wahl der Universität, der Studentenschaft und der hochqualifizierte Facharbeiterschaft der Göttinger Industrie und des Reichsbahnausbesserungswerkes gelten« werde, »zu der ich seit Jahren in herzlichen beruflichen und persönlichen Beziehungen stehe.« – Wilhelm Ickler, ein Lokomotivführer, der seit 1946 für die FDP kandidierte und 1948 nach Föge die meisten Stimmen auf sich zu ziehen vermochte, sollte offenbar in der zahlenstarken Belegschaft der Reichsbahn, die überwiegend der SPD zuneigte, werben; er dürfte als Beamter aber ohnehin eine Affinität zu gouvernementalen Parteien gehabt haben.

26 Schwester des Kirchentagspräsidenten Reinold von Thadden; Halbschwester des DRP-Führers und späteren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden. – 1959 als SPD-Kandidatin Landtagsabgeordnete für Göttingen (WK28).

27 Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20), S. 99f, 105, 108. Nach der Wahl vom 28. November 1948 waren für die FDP im Rat: Föge, Ickler, Dr. A. v. Fumetti, Dr. Siemens, Kohlbacher, Hedergott, Dawe, Dr. Merbt, Prof. Tollmien [für ihn Dr. Hannah Vogt], Fricke, Berringer, Dr. Rosemann, Dr. Reichardt, Dr. Link, Becker.

*Ergebnisse der Kommunalwahlen in Göttingen 1946-1964*<sup>28</sup>

	FDP	CDU	SPD	BHE	DRP
1946	28.3 (9)	22.6 (3)	37.9 (20)		
1948	38.4 (15)	17.8 (6)	30.9		9.6
1952	34.4 (14)	13.3 (4)	28.3	11.0	11.6
1956	24.8 (10)	20.0 (8)	38.0		
1961	28.7 (12)	24.9 (9)	35.7		
1964	26.5 (10)	24.6 (10)	45.6		

Die stetigen Wahlerfolge der FDP auf kommunaler Ebene bildeten eine hinreichend breite Basis, um auch bei den Landtagswahlen in den fünfziger Jahren sehr gute Ergebnisse erzielen zu können. Bei den Bundestagswahlen erreichten die Göttinger Liberalen zwar ebenfalls durchweg überdurchschnittliche Stimmenanteile, sie vermochten mit den großen Parteien auf Dauer aber nicht mitzuhalten.<sup>29</sup>

Es hing mit ihren spektakulären Wahlerfolgen zusammen, mehr noch aber mit den personellen und sachlichen Voraussetzungen für diese Wahlerfolge, daß die in geographischer Hinsicht randständige Göttinger FDP in dieser Zeit eine wichtige Rolle im sich formierenden niedersächsischen Landesverband spielen konnte. Über eine erweiterte Basis verfügte sie innerhalb der Landespartei schon dadurch, daß ihr als mitgliederstärkster und leistungsfähigster Kreisverband<sup>30</sup> beinahe ohne ihr Zutun die Führung des FDP-Bezirks Hildesheim (südliches Niedersachsen) zugefallen war: Im Jahre 1947 fungierte Georg Kohlbacher als Vorsitzender des Bezirksverbands und der seinerzeit ebenfalls noch dem Göttinger Kreisverband angehörende Student Winfried Hedergott (geb. 1919) als sein Stellvertreter.<sup>31</sup> Ein entscheidender Grund für ihre Dominanz auf Bezirksebene war neben der Tatsache, daß die Universitätsstadt im Unterschied zum Regierungssitz Hildesheim als eine traditionelle Hochburg des politischen Liberalismus gelten konnte, der Umstand, daß die Göttinger sich nach dem Krieg einen organisatorischen Vorsprung verschafft hatten, der ihnen auf Jahre hinaus ein Übergewicht sichern sollte.<sup>32</sup>

28 Zahlen nach: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt (wie Anm. 5), S. 298.

29 Vgl. hierzu allgemein: Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20).

30 Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 366f.

31 Ebd., S. 154. – Hedergott, der im Krieg Luftwaffenoffizier gewesen war, wurde 1949 erstmals stellv. Landesvorsitzender; später war er auch Vorsitzender der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. Er bewerkstelligte seinen Aufstieg in die Landespolitik, indem er mit den seinerzeit aufsteigenden rechten Kräften kooperierte; die Göttinger FDP hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits hinter sich gelassen.

32 Vgl. Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 144.

Im Landesverband engagierte sich zunächst vor allem der Kreisvorsitzende Hermann Föge selbst, der nach seinem Einzug in den ersten gewählten Niedersächsischen Landtag zwar nicht Vorstandsmitglied wurde, aber als Fraktionsvorsitzender<sup>33</sup> und Obmann des Politischen Ausschusses, des wichtigsten Arbeitskreises der Landes-FDP, eine Schlüsselfunktion zwischen Parteiführung und Landtagsfraktion innehatte.<sup>34</sup> In welcher Weise Föge auf die innere Entwicklung der Partei und den Aufbau des Landes Niedersachsen Einfluß genommen hat, läßt sich anhand der vorliegenden Studien freilich nicht einmal in Umrissen erfassen.<sup>35</sup> Auch hier ist es aber so gewesen, daß Föge – wie auf kommunaler Ebene in Göttingen – bereits Abgeordneter war, bevor er Parteifunktionen übernahm. Da die Landtagsprotokolle erhalten sind, besteht hier im übrigen ein Forschungsdesiderat, das man beheben kann.

\*

Die Vorherrschaft der FDP im Göttinger Rathaus der weiteren Nachkriegszeit ist ein Phänomen, das in der Stadtgeschichtsschreibung von den verschiedenen Autoren je nach politischem Standort, persönlichem Temperament und methodischer Prägung auf unterschiedliche Weise erklärt worden ist: Zum einen wird auf die spezifische Sozialstruktur der vom alten und neuen Mittelstand geprägten, protestantisch gefärbten Universitätsstadt verwiesen (50 Prozent der Erwerbstätigen waren schon vor dem Zweiten Weltkrieg im tertiären Sektor beschäftigt),<sup>36</sup> zum andern auf die allgemein geschätzte Persönlichkeit Föges, zum dritten auf die besonderen politischen Verhältnisse in der Nachkriegszeit, die von der FDP genutzt worden seien, indem sie sich als bürgerliche Sammlungspartei präsentiert habe.<sup>37</sup>

Anhand der drei Kriterien: *gouvernemental* – *national* – *liberal* wird zu erörtern sein, welchen Weg die Göttinger Nachkriegs-FDP unter der Führung Hermann Föges genommen hat – und welche Motive sie dabei geleitet haben mögen.

33 Handbuch des Niedersächsischen Landtags, 1. Wahlperiode, 1948, S. 176.

34 Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 155.

35 Vgl. nur die inzwischen auch schon bejahrte Studie von Rudolf Billerbeck, *Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946-1951) und der Nationalsozialismus*, Düsseldorf 1971, hier S. 144, 158ff., 176 (zu Föge). – Föge war übrigens Mitglied der Bundesversammlung, die Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten wählte: Anneliese Ahlborn, *Familienpapiere* (wie Anm. 4).

36 Vgl. Ebner (wie Anm. 3), S. 22.

37 Vgl. nur die Überlegungen Trittels in: *Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt* (wie Anm. 5), S. 298.

## II *Gouvernemental – National – Liberal?*

### 1. *Gouvernemental*

In den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Göttinger Liberalen zunächst eine politische Haltung gezeigt, die sich in mehrfacher Weise als ›gouvernemental‹ charakterisieren läßt. Dafür sind vor allem drei Gründe auszumachen:

Zum einen ist hervorzuheben, daß die liberale Rathausgruppe, die im ersten, ernannten Stadtrat von 1945 nur aus den beiden alten DDPlern Föge und Reuper bestand, älter war als der Kreisverband. Man darf sogar sagen, daß der Kreisverband vom Rathaus aus gegründet worden ist.

Zum zweiten ist festzustellen, daß der institutionelle Vorsprung der Rathausfraktion gegenüber dem neugebildeten Kreisverband der FDP zunächst schon deshalb erhalten blieb, weil Föge und Reuper gemeinsam mit Erich Schmidt, dem Leiter der Stadtverwaltung, den personalen und funktionalen Kern des Magistrats bildeten. (Diese Verbindung wurde durch Schmidts Versetzung in den Ruhestand 1948/49 unterbrochen und nach dessen umstrittener, von der FDP erzwungener Rückkehr ins Amt bis Ende 1950 erneuert. 1952 kandidierte Schmidt dann erstmals auf der FDP-Liste und wurde zum Ratsherrn gewählt)<sup>38</sup>.

Drittens, und dies wird noch unter anderen Gesichtspunkten zu erläutern sein, haben Föge und seine engeren Mitstreiter sich angesichts der schwierigen, kaum zu kalkulierenden Nachkriegssituation (mit mehr als 30.000 Flüchtlingen, Vertriebenen und ›displaced persons‹ in Göttingen) bewußt dafür entschieden, eine gouvernementale, konsensuale und sachbezogene Politik zu betreiben, die von breiten bürgerlichen Schichten mitgetragen oder doch wenigstens respektiert wurde. Man gab sich dabei zwar oft überparteilich und praktizierte die Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Parteien, mit denen Föge und Reuper vielfach schon in der Weimarer Zeit zusammengewirkt hatten, doch dies war nur möglich, weil die unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen im administrativen Alltag der Stadt keine entscheidende Rolle spielten.

Mit der gouvernementalen Haltung war verbunden, daß die Göttinger Liberalen einen privilegierten Zugang zu den kommunalen Ressourcen gewannen, um die es in der Universitätsstadt, die nahezu unzerstört geblieben war, besser bestellt war als in den ausgebombten Kommunen vergleichbarer Größe. Sie sind dadurch etwa in der Lage gewesen, manchem unter den vielen Vertriebenen, die ohne Stelle und Einkünfte waren, fortzuhelfen (Föge gründete 1946

38 Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20), S. 108. Schmidt kandidierte im Wahlbezirk II auf Platz 1. – S. auch Ebner (wie Anm. 3), S. 33 u. ö.

zudem die ›Göttinger Nothilfe‹ für Vertriebene und sorgte für die Zuweisung von Spenden und Gebrauchsgegenständen aus Nachlässen an Bedürftige).<sup>39</sup> Im Gegenzug konnte die FDP auf politische Loyalität rechnen. Oberstadtdirektor Schmidt hat dabei auf seine Weise mitgewirkt. Ein Beispiel nur: Arthur von Fumetti,<sup>40</sup> sächsischer Justizminister a. D., ein Mann, der sich und seine Familie aus eigener Kraft nicht mehr zu erhalten vermochte, wurde im Juli 1946 vom Göttinger Magistrat zur bevorstehenden Kommunalwahl im Rahmen eines von der Militärregierung angeordneten Austauschprogramms als Wahlprüfungsbeamter nach Hildesheim entsandt, um ihm für einige Monate ein Auskommen zu verschaffen. Da Fumetti nicht einmal die Reisekosten aufzubringen vermochte, wies ihm Schmidt vorschußweise 500 RM aus der Stadtkasse an.<sup>41</sup> Im Jahre 1948 kandidierte Fumetti dann bei den Kommunalwahlen für die FDP und wurde Göttinger Ratsherr.<sup>42</sup> Obgleich solche Vorgänge auf Verhältnisse zu deuten scheinen, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in den deutschen Kommunen entwickelt haben, ist es seinerzeit nicht zu einer breiten personellen Verschmelzung der Rathauspartei FDP und der Göttinger Stadtverwaltung gekommen: Die beiden Größen stützten einander, doch die Beziehung behielt

39 Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), hier Forderung 6.

40 Arthur von Fumetti, 1890 in Hannover geboren (sein Todesjahr hat sich nicht ermitteln lassen), hatte nach seiner Promotion zum Dr. jur. (über das Spurfolgeverfahren im deutschen Fahrnisprozeß, 1913) zunächst als Dozent an der Leipziger Frauenhochschule gewirkt, bevor er (bis 1927) am Institut für Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig tätig gewesen war. In der Weimarer Republik gehörte er zu den Mitbegründern der in Sachsen, Thüringen und Hessen zeitweilig erfolgreichen ›Volksrechtspartei‹, die als politischer Arm des Sparerbunds nach 1925 das Interesse der Inflationsgeschädigten zu wahren suchte; von 1927 bis 1929 war er ihr stellvertretender Vorsitzender. Von 1926-30 Mitglied des Sächsischen Landtags, fungierte er in den Jahren 1927-29 als sächsischer Justizminister und vertrat Sachsen im Reichsrat. Die VRP hatte Berührungspunkte mit der DDP und dieser regional auch über Listenverbindungen angeschlossen: Deutsche Biographische Enzyklopädie, hg. von W. Killy, Bd. 3, München etc., 1996, S. 539 [fehlerhaft]. – Werner Fritsch: Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung (VRP). In: Dieter Fricke (Hg.), Die bürgerlichen Parteien. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis 1945, 2 Bände, Leipzig 1968/70, hier Bd. 2, S. 555-560. – Josef Matzerath: Aspekte sächsischer Landtagsgeschichte. Präsidenten und Abgeordnete von 1833-1952, Dresden 2001, S. 152. – Fumetti, der seit 1916 mit Maria Bleisteiner verheiratet war, publizierte nach juristischen Werken im Jahre 1951 auch eine Einführung in Marxens Kapital (Extrakt-Bücher, Überlingen), die noch heute in einigen Bibliotheken zu finden ist. – Er entstammte einer im späten 17. Jahrhundert zugewanderten, zun. in Kurköln bzw. Düsseldorf ansässigen italienischen Bankiers-Familie, deren Häupter seit 1733 führende Positionen in der Justiz- und Kameralverwaltung des niedersächsischen Fürstentums Hildesheim innegehabt hatten. S. hierzu Thomas Klingebiel: Ein Stand für sich? Lokale Amtsträger in der Frühen Neuzeit: Untersuchungen zur frühmodernen Staatsbildung und Gesellschaftsentwicklung im Hochstift Hildesheim und im älteren Fürstentum Wolfenbüttel, Hannover 2002, hier S. 513ff., 700, 714. – Genealogisches Handbuch des Adels AB III (1958), S. 163-170, hier S. 168.

41 Stadtarchiv Göttingen: AHR I A Fach 12 Nr. 22/1 (1946).

42 Im Wahlbezirk III führte Fumetti 1948 die Kandidatenliste der FDP an; nach Föge und Ickler hatte er offenbar das drittbeste Ergebnis zu verzeichnen: Die Wahlen in der Stadt Göttingen (wie Anm. 20), S. 99, 105.

einen kooperativen Charakter. Föge hatte sich bereits im Landtagswahlkampf des Jahres 1947 gegen die von den linken Parteien geforderte »Demokratisierung des Beamtentums« ausgesprochen. Hinter dieser Forderung verbarg sich seiner Ansicht nach das Ziel, »das Berufsbeamtentum durch ein parteipolitisch gebundenes, charakterlich und fachlich nicht geschultes Parteipersonal zu ersetzen«. <sup>43</sup>

## 2. *National*

Es gibt einige Hinweise darauf, daß sich neben anderen Parteien der Linken und Rechten auch die junge Göttinger FDP zumindest einer ›nationalen‹ Rhetorik bedient hat. Föge selbst hat in einer Rede im Reichsbahnausbesserungswerk bereits am 20. Januar 1946 Kritik an der Militärregierung und insbesondere am Verfahren der Entnazifizierung geübt, <sup>44</sup> und er hat sich seit dem Frühjahr 1947 unter Aufnahme von Motiven des seinerzeit die politische Kultur durchwirkenden ›Soldatennationalismus‹ als Landtagsabgeordneter für die staatliche Versorgung der Berufssoldaten eingesetzt (später: Diskussion um Art. 131 GG). <sup>45</sup> Man darf daraus zunächst schließen, daß die FDP sich einerseits für ihre Klientel unter der Beamtenschaft verwendete, andererseits aber auch mit Blick auf die Soldaten eine potentiell ordnungsbedrohende, sozial depravierte Gruppe an sich zu binden oder doch ruhig zu stellen suchte, die zumal in Göttingen stark vertreten war. <sup>46</sup> Gleichzeitig konnte sie deutlich machen, daß sie nicht das politische Interesse der Militärregierung, von der sie als Partei ja anfangs zumindest mittelbar profitiert hatte, sondern das der Deutschen insgesamt vertreten wollte. <sup>47</sup> Sie gewann dadurch an Glaubwürdigkeit nicht nur unter ihren bürgerlichen Milieuwählern, sondern – und dies war gerade mit Blick auf die Wahlen nicht weniger wichtig – auch unter den

43 Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), hier Forderung 7. – In den Landtagswahlkampf des Jahres 1951 zog die niedersächsische FDP übrigens erneut mit der Forderung, ein »echtes Berufsbeamtentum« wiederherzustellen: Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 237. – Vgl. zum engen Verhältnis von FDP und Fachbeamtenschaft Udo Wengst: Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland. 1948-1953, Düsseldorf 1988, S. 84f.

44 Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), Forderung 5. – Vgl. Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 151.

45 Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), Forderung 9. – S. hierzu die grundlegende Studie von Bert-Oliver Manig: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2004, hier S. 19 (Soldatennationalismus), 99, 104 (zu Föges Anträgen im ernannten und gewählten Niedersächsischen Landtag, April/Juni 1947).

46 Vgl. ebd., S. 19f., 272ff., 585. – Zur Politik der SPD, die sich – anders als die KPD – neben den bürgerlichen und rechten Parteien ebenfalls um die Soldaten bemühte s. ebd. S. 91ff.

47 S. nur den von Dr. Reichardt und Reuper gezeichneten Aufruf am Ende des Kandidatenbriefs vom März 1947 (wie Anm. 23). Hier findet sich – fett gesetzt – der auf Föge bezogene Satz: »Niemand hat so mutig die Interessen der Allgemeinheit auch der Militärregierung gegenüber vertreten, wie er.«

Göttinger Neubürgern: Von den 1949/50 rund 80.000 Einwohnern Göttingens waren gut ein Drittel aus Mittel- und Ostdeutschland zugezogen bzw. ›Volksdeutsche‹.<sup>48</sup> Das eigentliche Motiv Föges für seine ›nationale‹ Argumentation dürfte folglich darin bestanden haben, möglichst viele Bürger in die entstehende, noch außerordentlich fragile demokratische Ordnung zu integrieren.

### 3. *Liberal*

Obgleich die junge Göttinger FDP in personeller Hinsicht aus der linksliberalen DDP hervorgegangen war, sind ihre freiheitlichen Grundsätze in der praktischen Politik zunächst weniger deutlich hervorgetreten als in den Wahlkämpfen, die von Anfang an genutzt wurden, um die beinahe durchweg staatswirtschaftlich bestimmten Modelle der konkurrierenden Parteien mit der eigenen, auf eine Marktordnung und persönliche Freiheiten setzende Konzeption zu konfrontieren. Man mag dies auf äußere Zwänge zurückführen, denen auch ein liberaler Kommunalpolitiker unter den Nachkriegsverhältnissen ausgesetzt war. Das eigentliche Motiv für diesen politischen Kurs dürfte indes mit den politischen Erfahrungen der Föge-Reuper-Generation zusammenhängen: Sie stand noch unter dem Eindruck jener Vorgänge, die der stolzen Verfassungspartei DDP<sup>49</sup> am Ende der Weimarer Republik ihrer Wählerbasis beraubt hatten. Otto Heinrich Greve,<sup>50</sup> ebenfalls ein alter DDPLer, hatte auf dem Pyrmonter Parteitag im Mai 1946 mit Blick auf den Untergang der Weimarer Republik und die Zukunft Deutschlands die Frage aufgeworfen, wie es möglich gewesen sei, daß sich die freiheitlichste Demokratie der Welt in die schlimmste Diktatur habe verwandeln können.<sup>51</sup> Greves Frage zeugt, von einer tiefen, aber durchaus verständlichen Verunsicherung: Die optimistische – man könnte auch sagen: naive – Theorie, der zufolge eine demokratische Ordnung automatisch Demokraten hervorbringe, weil sich alle an die Verfassung hielten, war in seinen Augen widerlegt worden.

48 Vgl. den Kandidatenbrief vom März 1947 (wie Anm. 23), hier Forderung 1-3 und 6, der sich in starkem Maße den Anliegen der Vertriebenen widmet. – Das Ziel einer Integration der Vertriebenen wird Föge auch am 30. August 1953 bei seiner Rede zur Einweihung des Denkmals für die gefallenen niedersächsischen und ostpreußischen Soldaten im Göttinger Rosengarten geleitet haben: Er wies darauf hin, daß es den Ostpreußen nicht möglich sei, der Toten in ihrer Heimat zu gedenken. – Zur DRP, die sich auf diese Gruppen zu stützen suchte, s. nur den Beitrag von Oliver Gnad in Oliver Gnad u. a. (Bearb.), FDP und kleinere bürgerliche und rechte Parteien (wie Anm. 3), S. 475-558, hier S. 489.

49 In Göttingen hatte – wie es scheint – nur die DDP den Verfassungstag der Weimarer Republik (11. August) regelmäßig begangen: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt (wie Anm. 5), S. 87.

50 Greve, 1908 in Rostock geboren, war wie Föge niedersächsischer Landtagsabgeordneter der ersten Stunde: Handbuch des Niedersächsischen Landtags, 1. Wahlperiode, 1948, S. 86. – Vgl. auch Röpcke (wie Anm. 4), S. 275. Er ist nach Streitigkeiten, die hier nicht zu erörtern sind, schon im Mai 1948 zur SPD-Fraktion gewechselt.

51 Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 134.

Die Göttinger DDPLer hatten offenbar ähnliche Schlüsse aus diesen Erfahrungen gezogen: Sie waren nicht davon überzeugt, daß sich die Deutschen nach den Exzessen der jüngeren Vergangenheit beinahe über Nacht wieder zu guten Demokraten gewandelt hatten. So kam es, daß sie zunächst versuchten, die Wähler über eine sachlich erfolgreiche Kommunalpolitik, die soziale und politische Integration der Kriegsverlierer und eine auch national gefärbte Rhetorik an die neue Ordnung zu gewöhnen. All dies geschah übrigens in dem Bewußtsein, daß nur wenige Kilometer östlich von Göttingen unter sowjetischer Herrschaft erneut ein autoritäres, sozialistisches Staatswesen auf deutschem Boden errichtet wurde.

Ein rechtstaatlich-liberales Ordnungsverständnis dürfte Föge auch in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter geltend gemacht haben, etwa bei der Ausarbeitung der vorläufigen Niedersächsischen Verfassung und der frühen Landesgesetze. Der Strategie des Landesvorsitzenden A. Stegner, die niedersächsische FDP unter Aufgabe ihrer freiheitlichen Prinzipien in eine Sammlungsbewegung der nationalen Rechten zu verwandeln, folgte der Göttinger Kreisverband jedenfalls nicht.<sup>52</sup>

### III *Rückblick und Fazit*

Am 28. Juni 1953 wurde im Göttinger Rathaus ein Festakt zur 1000-Jahrfeier der Stadt durchgeführt.<sup>53</sup> In Anwesenheit zahlreicher Gäste, unter ihnen Landtagspräsident Olfers<sup>54</sup> und Finanzminister Kubel (beide SPD), eröffnete Oberbürgermeister Föge die Veranstaltung mit einer grundsätzlich gehaltenen Rede; es folgten ein Vortrag des Historikers Percy Ernst Schramm sowie Grußworte der Landespolitiker. Föge und Schramm nutzten die Gelegenheit, um – nach den bei solchen Feiern unvermeidlichen historischen Diskursen – eine erste Bilanz der faktisch bereits abgeschlossenen Wiederaufbauphase zu ziehen. Während Schramm den raschen, alle Schichten der Bevölkerung einschließenden Wiederaufbau als eine historisch unvergleichliche Leistung rühmte und vornehmlich darauf zurückführen wollte, daß die Rathaus-Parteien ›rechten Bürgergeist‹ bewiesen hätten, nahm Föge mit der ihm eigenen Nüchternheit vor allem jene Hemmnisse in den Blick, die einer Weiterentwicklung des Gemeinwesens im Wege zu stehen schienen: Er verlangte zum einen, die rechtlichen Voraussetzungen für die räumliche Erweiterung der

52 Darüber sind alle Autoren einig: Ebner (wie Anm. 3), S. 86; Marten, FDP (wie Anm. 3), S. 290 u. ö.

53 S. auch für das folgende: Göttinger Jahrbuch 1954, S. 83-96. – Vgl. zudem das folgende Jahrbuch 1955/56, S. 95 (Chronik 1953). – Helmuth Rönnefarth/Erich Pischke, 1000 Jahre Göttingen, Göttingen 1953 (Bildband).

54 Zu Karl Olfers, geb. 1888, s. nur Röpcke (wie Anm. 4), S. 294.

Stadt zu schaffen, die in ihren bestehenden Grenzen wie in einem Panzer gefangen sei, und er forderte die Landesregierung zum ändern auf, die Universität trotz der angespannten Haushaltslage finanziell so auszustatten, daß sie ihrer Funktion als internationale Stätte der Forschung und Lehre auch künftig gerecht zu werden vermochte.

Oberbürgermeister Föge, der 1953 bereits im 76. Lebensjahr stand (er war fast genauso alt wie Adenauer), hatte es nicht nötig, bei Festakten dieser Art auf seine eigenen Verdienste<sup>55</sup> um den Göttinger Wiederaufbau und insbesondere um den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens hinzuweisen: Andere, und zwar auch die anwesenden Vertreter der konkurrierenden Parteien taten dies für ihn. Er war, selbst wenn ihm dabei auch Fehler im Detail unterlaufen sein mögen, in den Jahren nach dem Krieg aufs Ganze gesehen ein Glücksfall für Göttingen gewesen. Föges Konzept hatte sich durchgesetzt: Seine Partei, die FDP, hatte die Alt- und Neubürger gegen den Widerstand der in Göttingen sehr aktiven rechten Parteien (insbesondere die DRP [Deutsche Rechtspartei, nach Abtrennung der SRP im Januar 1950 Deutsche Reichspartei] mit Adolf von Thadden und Leonhard Schlüter)<sup>56</sup> in die demokratische Ordnung geführt, und sie hatte dabei ihre liberalen und rechtsstaatlichen Grundsätze nicht preisgegeben. Diese Leistung Föges und seiner Mitstreiter, die das Fundament für den weiteren Aufstieg der Stadt gelegt haben, verdient auch im Rückblick hohen Respekt.

Die aus der DDP hervorgegangene Generation Föges hat der FDP ein politisches Vermächtnis hinterlassen, das sich nur sinnvoll bewahren und nutzen läßt, wenn man die für sie prägenden Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und der NS-Diktatur mitdenkt, die zumal für Verfassungsliberale ernüchternd waren: In Krisenzeiten der Nation (und der Republik), so lautet die Lehre dieser Generation, sollten sich die Kräfte des organisierten Liberalismus nicht damit begnügen, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner am Ende recht zu behalten; sie haben vielmehr die Verpflichtung, alles zu tun, um die notwendigen Voraussetzungen für freiheitliche Politik zu erhalten oder doch wiederzugewinnen. Die Integrationsstrategien der Nachkriegszeit, auf die man den zusehends mehr an politischer Legitimation und Bindekraft einbüßenden ›Parteienstaat‹ (Leibholz)<sup>57</sup> der Gegenwart in mancher Hinsicht

55 Bundespräsident Heuss hatte Föge 1953 bereits das Bundesverdienstkreuz verliehen; später kam noch die höchste Auszeichnung Niedersachsens hinzu: Anneliese Ahlborn, Familienpapiere (wie Anm. 4).

56 S. hierzu nur den Beitrag von Oliver Gnad über die DRP (wie Anm. 48), hier insbes. S.489-495.

57 Zum Konzept des ›Parteienstaats‹, das auf seine Art die Strukturkrise der Weimarer Republik beheben helfen wollte, s. Gerhard Leibholz: Das Wesen der Repräsentation unter besonderer Berücksichtigung des Repräsentativsystems. Ein Beitrag zur allgemeinen Staats- und Verfassungslehre, 1. Aufl. 1929 [3. Aufl. Stuttgart 1973], S. 117ff., sowie dessen Koreferat in: Entwicklung und Reform des Beamtenrechts – Die Reform des Wahlrechts [Tagung am 28. und 29. Oktober 1931, Halle], Berlin und Leipzig 1932, S. 159-188, hier S. 170ff.

zurückführen muß,<sup>58</sup> dürften heute freilich keine nachhaltige Wirkung mehr entfalten.

58 Vgl. etwa Ilona K. Klein: Die Bundesrepublik als Parteienstaat. Zur Mitwirkung der politischen Parteien an der Willensbildung des Volkes 1945-1949, Frankfurt am Main etc. 1990.